

BAM



Das Magazin der
Arbeiterkammer
Bremen



Vorteil Fahrrad!

Flexibel, sportlich & günstig zur Arbeit

Syrische Beschäftigte in Bremen

Wie wichtig sie für den
Bremer Arbeitsmarkt sind

Tarifbindung kurz erklärt

Wie Löhne und Arbeitsbedingungen
verbessert werden können

Hoher Krankenstand in Kitas

Ein Überblick über die Situation
von Beschäftigten und Eltern

Galerie der Arbeitswelt

Seite 16



Solarstrom vom Balkon

Seite 10



Armut und Klima

Seite 20



Inhalt

THEMEN

- 6** *Schwerpunkt*
Vorteil Fahrrad!
Flexibel, sportlich & günstig zur Arbeit
- 14** **Hoher Krankenstand belastet Kitas**
Ein Überblick über die Situation von Beschäftigten und Eltern
- 18** **Syrische Beschäftigte in Bremen**
Wie wichtig sie für den Bremer Arbeitsmarkt sind
- 20** **„Es trifft uns auch in Bremen“**
Über den Zusammenhang von Armut und Klimakonsequenzen

SERVICE & BERATUNG

- 10** **Verbrauchertipp**
Solarstrom vom Balkon
- 11** **Fragen & Antworten**
Tarifbindung – kurz erklärt
- 22** **Alles, was Recht ist**
Rechtstipp/Rechtsirrtum:
In der Probezeit gilt automatisch eine Urlaubssperre.
- 23** **Drei Fragen**
zu Behinderung und Steuern

IN JEDEM HEFT

- 3** **Editorial**
- 4** **Die Bremer Arbeitswelt in Zahlen**
Beschäftigte mit Migrationsgeschichte – noch immer benachteiligt
- 5** **Kurz gemeldet**
- 12** **Tipps & Termine**
- 13** **Veranstaltungskalender**
- 16** **Galerie der Arbeitswelt**
Der Automobilkaufmann
- 22** **Impressum**
- 23** **Cartoon**
- 24** **Beratungsangebote & Öffnungszeiten**

**BAM
im Abo?**

➔ bam@arbeitnehmerkammer.de

Aktuelle politische Inhalte
und Service-Informationen
von uns finden Sie auf
**Instagram, LinkedIn,
X (@ANK_HB), YouTube
und Facebook.**



Erste Schritte in den Beruf

Babysitten, Kellnern oder Zeitungen austragen? Wir wollten wissen, wie prominente Menschen ihre Berufslaufbahn begonnen haben.

Die Stadt Bremen punktet mit vielen schönen grünen Flächen – seit Anfang 2023 sorgt **Viola Hellwag** als erste Geschäftsführerin des Umweltbetriebs Bremen dafür, dass diese verstärkt als Infrastruktur gesichert werden. Außerdem ist die Diplom-Ingenieurin für Landschaftsplanung für die ökologische Pflege der Park- und Grünanlagen und städtischen Friedhöfe zuständig und will sie in Sachen Klimaanpassung gut in die nächsten Jahrzehnte bringen. Hellwag war vorher im Garten-, Friedhofs- und Forstamt in Stuttgart tätig, aber auch bei Landes- und Bundesgartenschauen in Baden-Württemberg und Koblenz. In ihrer Freizeit widmet sich die gebürtige Berlinerin leidenschaftlich gern dem Kochen.

- Schwimmlehrerin für Kinder
- Barkeeperin
- Freie Mitarbeit in einem Landschaftsarchitekturbüro
- Abendsekretärin in einer Großkanzlei
- Gärtnerische Leitung Gartenschau Bad Hall
- Projektleiterin Bundesgartenschau Koblenz
- Abteilungsleitung Grünflächenamt Stuttgart



Foto: Umweltbetrieb Bremen

Viola Hellwag

EDITORIAL

Mehr Pflegebedürftige, aber weniger Fachkräfte!

Peter Kruse
Präsident der
Arbeitnehmerkammer
Bremen



Moin!

Früher oder später werden wir alle mal krank oder gar pflegebedürftig sein. Auch und gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt: Ohne Gesundheit ist alles nichts!

Doch die Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Pflege sind am Limit, sie reduzieren ihre Arbeitszeit, werden krank oder verlassen den Beruf gleich ganz. Dank schwieriger Arbeitsbedingungen sind Fachkräfte schon heute zu einer äußerst knappen Ressource geworden. Gleichzeitig steigt der Pflegebedarf aber auch in Bremen so stark an, dass wir sehenden Auges in die Katastrophe steuern. Neue Analysen der Arbeitnehmerkammer belegen: Die Versorgungslücken in der Pflege werden immer größer – und sie werden nur noch sehr schwer zu schließen sein!

Weil das Personal fehlt, müssen immer häufiger Angehörige die Pflege übernehmen. Und meist sind es Frauen, die unbezahlte Pflegearbeit in den Familien leisten. Sie gehen dafür in Teilzeit oder steigen gleich ganz aus dem Job aus. Sie fehlen also auf dem Arbeitsmarkt – und zwar in allen Branchen. Dabei könnten wir gerade in den sozialen Berufen noch viele Fachkräfte gewinnen, wenn wir die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern.

Eine bedarfsgerechte und trotzdem effiziente Versorgung in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist sehr wohl möglich. Hier ist das Land gefordert, aber auch der Bund: Die neue Bundesregierung muss zügig Verbesserungen für die Pflegenden auf den Weg bringen – zum Beispiel bei der besseren Ausbildung der Assistenzkräfte –, die wegen des vorzeitigen Ampel-Aus liegen geblieben sind!

Ihr Peter Kruse

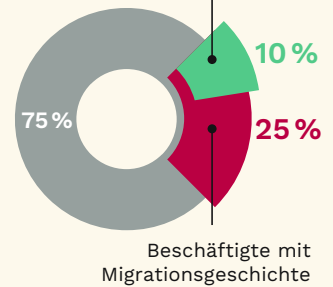
Kontakt: ➔ bam@arbeitnehmerkammer.de

Beschäftigte mit Migrationsgeschichte – noch immer benachteiligt

2023 hatte ein Viertel aller Bremer Beschäftigten eine Migrationsgeschichte, ein Zehntel hatte keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der Beschäftigungszuwachs der vergangenen zehn Jahre geht vor allem auf Ausländer*innen zurück.

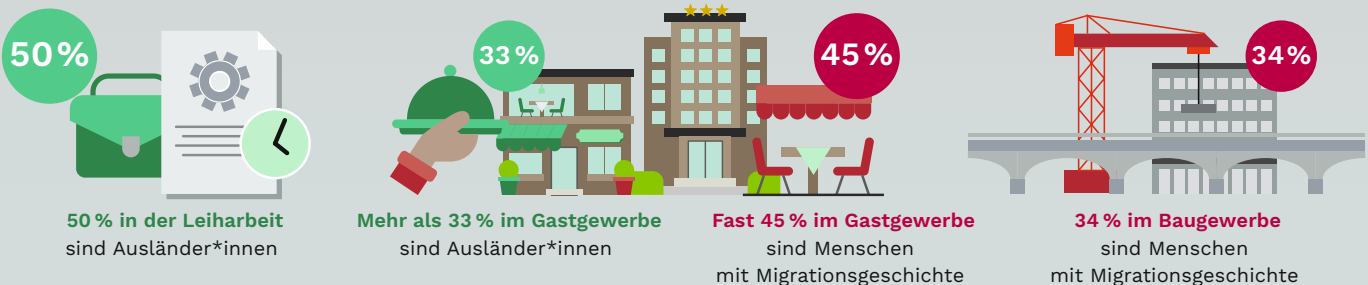
Bremer Beschäftigte

Anteil Ausländer*innen (ohne deutsche Staatsangehörigkeit)



Wo arbeiten besonders viele Ausländer*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte?

Beide Gruppen sind unterrepräsentiert z. B. in der öffentlichen Verwaltung



Große Lohnunterschiede (Monatsverdienst in Vollzeit)



Beschäftigung von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte

Jede*r dritte Beschäftigte mit Migrationsgeschichte ist im Land Bremen unterwertig beschäftigt.

Ohne Migrationsgeschichte

27 %

Mit Migrationsgeschichte

35 %

Die Gründe sind u.a.:

- ▶ komplexe Anerkennungsverfahren
- ▶ unterschiedliche Ausbildungssysteme erschweren Übertragung von Qualifikationen
- ▶ qualifizierte Beschäftigung fordert meist gute Deutschkenntnisse
- ▶ Diskriminierung in Einstellungsverfahren und am Arbeitsplatz
- ▶ erschwelter Zugang zu beruflich relevanten Netzwerken

Arbeitsausbeutung



Überstunden werden nicht ausgeglichen bei:

- ▶ 16 % der Ausländer*innen
- ▶ 13 % der Menschen mit Migrationsgeschichte
- ▶ 8 % der Menschen ohne Migrationsgeschichte

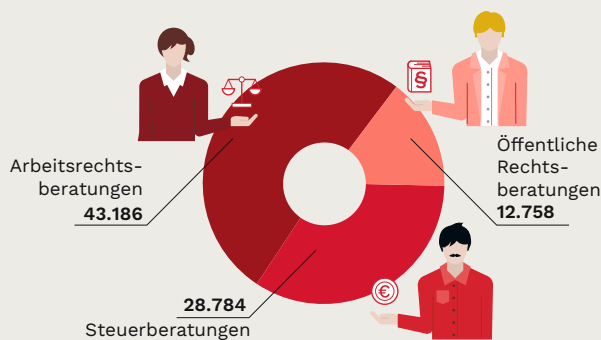


Gesetzlicher Mindestlohn wird nicht gezahlt an:

- ▶ 8 % der Ausländer*innen
- ▶ 6 % der Menschen mit Migrationsgeschichte
- ▶ 2 % der Menschen ohne Migrationsgeschichte

Knapp 40 Prozent der ausländischen Beschäftigten kommen aus EU-Ländern, mehr als 60 Prozent aus Drittstaaten. Die größte Gruppe: über 7.000 Menschen mit türkischem Pass.

Kurz gemeldet



Arbeitnehmerkammer berät 2024 knapp 85.000 Menschen

Etwa die Hälfte der Beratungen wurden im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht durchgeführt. Fragen zum Gehalt waren hier das Top-Thema – dabei ging es häufig um verspätete Lohnzahlungen, nicht bezahlte Überstunden oder nicht gewährte Lohnfortzahlung bei Krankheit. Weitere Top-Themen waren Entlassung durch den Arbeitgeber, Vertrag, Urlaub, Eigenkündigung und Zeugnis. Unsere Sonderauswertung ergab, dass geringfügig Beschäftigte in der Regel nur Lohn für tatsächlich geleistete Arbeit erhalten. Sonstige gesetzliche Ansprüche wie etwa bezahlter Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder Vergütung der Rufbereitschaft werden häufig nicht gewährt. In der öffentlichen Rechtsberatung, die die Kammer im Auftrag des Landes für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen durchführt, hat die Arbeitnehmerkammer rund 12.000 Beratungen durchgeführt. Hier gab es viele Fragen zum Mietrecht – vor allem zum Thema Betriebs- und Heizkostenabrechnung.

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/presse



Neue Studie zur Ausbildungsqualität in der Pflege in Bremen

Fast 40 Prozent der Menschen, die seit 2020 in Bremen in die Ausbildung zur Pflegefachkraft gestartet sind, konnten sie nicht erfolgreich beenden. Etwa ein Drittel der Auszubildenden denkt „häufig“ oder sogar „täglich“ über einen Abbruch nach. Das zeigt eine dreijährige Studie des Instituts Arbeit und Wirtschaft, die von der Arbeitnehmerkammer in Auftrag gegeben wurde. Der Grund: die hohen Lernanforderungen und die psychische Belastung im Job. Damit hat die 2020 eingeführte generalistische Ausbildung in der Pflege höhere Abbruchquoten, als sie in den früher getrennten Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege üblich waren: Dort schwankten sie eher zwischen 20 und 30 Prozent. Die neue Pflegeausbildung soll praxisnäher sein, die Qualität verbessern und die Attraktivität der Pflege durch mehr Flexibilität steigern. Deswegen durchlaufen nun alle eine gemeinsame Ausbildung, um verschiedene Pflegebereiche kennenzulernen und später individuell zu entscheiden, wo sie arbeiten möchten.

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/downloads
Suchwort: generalistische Pflegeausbildung

Umfrage zur sozialen Sicherung: Mehr Staat, mehr Ausgleich

Die Menschen in Deutschland wollen eine verbindliche, umfassende und solidarische Absicherung. Sie würden für mehr soziale Sicherheit sogar höhere Beiträge in Kauf nehmen. Das ist das Ergebnis des „Sozialstaatsradars 2025“, einer Befragung von 3.000 Personen im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Arbeitskammer des Saarlands Ende 2024. 80 Prozent der Befragten erwarten, dass mindestens ein Großteil der sozialen Sicherung verpflichtend erfolgt. Gleichzeitig trauen rund zwei Drittel dabei dem Staat deutlich mehr zu als privaten Anbietern. 63 Prozent wären bereit, etwas höhere Beiträge zu zahlen, wenn die Leistungen dadurch mindestens auf dem bisherigen Niveau bleiben, zwölf Prozent würden deutlich höhere Beiträge für bessere Leistungen akzeptieren – bei den Arbeitnehmenden unter 30 Jahren sind es sogar 23 Prozent. Etwa drei Viertel plädieren außerdem dafür, dass auch Selbstständige und Beamte in die Rentenversicherung einzahlen.

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/downloads
Suchwort: Sozialstaatsradar



Für aktuelle **Informationen und Neuigkeiten** registrieren Sie sich für unseren **Newsletter**:
➔ www.arbeitnehmerkammer.de/newsletter



Vorteil Fahrrad!

*Flexibel, sportlich &
günstig zur Arbeit*

Wer mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, schont die Umwelt und bringt Bewegung in den Alltag. Doch wie gut eignet sich das Fahrrad wirklich für den Arbeitsweg und was braucht es, damit mehr Menschen umsteigen?

Außerdem macht es weder Lärm noch braucht es viel Platz – ein Vorteil gerade in dicht besiedelten Städten.

„Das Fahrrad ist einfach eine sehr erschwingliche Möglichkeit, mobil zu sein – gerade auch für Menschen, die aufs Geld achten müssen“, erklärt Dominik Santner, Referent für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik bei der Arbeitnehmerkammer. Diese Einschätzung wird von der Beschäftigtenbefragung 2023 der Arbeitnehmerkammer bestätigt: Geringverdienende – also Beschäftigte, die weniger als 1.000 Euro netto im Monat verdienen –, sind stärker auf Alternativen zum Auto angewiesen als Besserverdienende. Zudem betont Santner, dass Investitionen in Radwege vergleichsweise günstig sind und damit nachhaltige Mobilität fördern. „Damit schaffen wir Mobilität für alle, unabhängig vom Einkommen.“

Außerdem stärkt Bewegung an der frischen Luft das Immunsystem. So sind Radfahrerinnen und Radfahrer im Schnitt einen Tag im Jahr weniger krank.

„Das Fahrrad ist einfach eine sehr erschwingliche Möglichkeit, mobil zu sein – gerade auch für Menschen, die aufs Geld achten müssen.“

*Dominik Santner,
Arbeitnehmerkammer*

Bremen – ideal für kurze Wege

In Bremen ist der Anteil der Radfahrenden im Straßenverkehr mit knapp 25 Prozent vergleichsweise hoch, erläutert Frauke Maack, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bremer ADFC. „Je mehr Menschen mit dem Rad unterwegs sind, desto stärker werden sie im Straßenverkehr wahrgenommen“, erklärt sie. Das erhöht das Sicherheitsgefühl und

sorgt dafür, dass sie sich weniger gefährdet fühlen. Zudem bieten flache Wege und kurze Entfernungen ideale Voraussetzungen für den Radverkehr: „In der Innenstadt ist man mit dem Fahrrad oft im Vorteil“, sagt Maack, „der Stadtkern lässt sich schnell und gut erreichen.“ Ein weiterer Pluspunkt: Nahezu alle Einbahnstraßen sind für den Radverkehr freigegeben, was die Flexibilität im Straßenverkehr deutlich erhöht. Auch alle Grünanlagen stehen Radfahrenden offen, sie müssen allerdings auf Fußgängerinnen und Fußgänger achten: „Rücksichtsvolles Fahren ist entscheidend, damit sich alle Verkehrsteilnehmenden sicher und wohl fühlen können“, so die Expertin.

Auf Strecken von bis zu fünf Kilometern sind Radfahrende in der Stadt deutlich schneller als andere Verkehrsteilnehmende.

Radpendeln bei Wind und Wetter

Detlef Buschmann pendelt an mehreren Tagen in der Woche mit seinem E-Bike von Bremen-Nord zum Mercedes-Werk in Sebaldsbrück, insgesamt kommt er auf rund 5.000 Kilometer Arbeitsweg im Jahr. An nassen oder kühlen Tagen steigt er allerdings auf Bus und Bahn um. Seit November arbeitet er in der Nachtschicht von 22 Uhr bis 6 Uhr, ist also in den Wintermonaten ausschließlich im Dunkeln unterwegs. Die 32 Kilometer pro Strecke legt der Elektriker in rund eineinhalb Stunden zurück. Die Dunkelheit schreckt ihn nicht: „Es macht einfach Spaß und ich fühle mich fitter denn je“, sagt Buschmann. Besonders genießt er die morgendlichen Fahrten durch das Blockland: „Manchmal sehe ich Wildtiere wie Füchse oder Schleiereulen – das sind ganz besondere Momente.“ Seine Mitgliedschaft im Fitnessstudio hat er inzwischen gekündigt. Dennoch sieht auch er Verbesserungspotenzial auf seinem Arbeitsweg: So könnten die Ampeln in der Innenstadt deutlich besser auf

Früher fuhr Silke Schorr mit Bus und Bahn zu ihrer Arbeitsstelle; das Jobticket zahlte ihr Betrieb. Dann wurde das Ticket gestrichen und die Mediengestalterin musste ihre Fahrkarten selbst kaufen. Nach und nach stieg sie auf das Fahrrad um, zunächst nur bei gutem Wetter. Mit einem Jobwechsel verschlechterte sich die ÖPNV-Anbindung und das Fahrrad wurde endgültig zu ihrer ersten Wahl. Seit elf Jahren fährt sie nun von Kattenesch nach Schwachhausen, zwanzig Kilometer am Tag, mit dem Fahrrad – ganz ohne elektrische Unterstützung. Für sie inzwischen eine selbstverständliche Art der Fortbewegung, die auch noch flexibel und günstig ist.

Gut für Umwelt, Gesundheit und Portemonnaie

Es gibt viele gute Gründe für den Arbeitsweg per Rad: Auf Strecken von bis zu fünf Kilometern sind Radfahrende in der Stadt deutlich schneller als andere Verkehrsteilnehmende. Mit dem Pedelec sind sie sogar bei Strecken von bis zu zehn Kilometern schneller, so eine Auswertung des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC). Auch für die Umwelt ist das Fahrrad unschlagbar. Laut Umweltbundesamt verursacht es keine bis kaum CO₂-Emissionen und trägt dazu bei, den Energieverbrauch im Verkehr zu senken.



Silke Schorr fährt seit elf Jahren – ohne elektrische Unterstützung – von Kattenesch nach Schwachhausen; für sie eine selbstverständliche Art der Fortbewegung, die auch noch flexibel und günstig ist.

Fahrrad meist kein Problem ist, wird es für Lastenräder oder Fahrradanhänger schnell schwierig. Für Eltern, die ihre Kinder vor der Arbeit in die Kita bringen, oder für diejenigen, die den Arbeitsweg mit einem größeren Einkauf verbinden, stellen solche Engstellen ein echtes Hindernis dar.

Neben dem weiteren Ausbau der Premiumrouten wäre es sinnvoll, verstärkt auf fahrradfreundliche Ampelschaltungen zu setzen – etwa eine grüne Welle für den Radverkehr. Frauke Maack kritisiert zudem, dass Fuß- und Radverkehr häufig an denselben Ampeln zusammengeschaltet werden, was dazu führt, dass Radfahrende oft unnötig ausgebremst werden. „Manchmal ist es besser, sich eine Alternativroute mit weniger Ampeln zu suchen“, erklärt die Radexpertin. „Auch wenn diese Strecken etwas länger sein können, sind sie oft flüssiger und stressfreier zu befahren.“

Betriebliche Radkultur fördern

Ob das Fahrrad im Arbeitsalltag eine echte Alternative ist, hängt auch davon ab, welchen Stellenwert es im Betrieb hat. Entscheidend sind zum Beispiel überdachte und sichere Fahrradstellplätze, Umkleide- oder Waschmöglichkeiten, die den Umstieg auf das Rad erleichtern und den Arbeitsweg angenehm gestalten. Mit der Initiative „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ unterstützt der ADFC Firmen dabei, eine betriebliche Fahrradkultur zu etablieren und mehr Mitarbeitende fürs Radfahren zu begeistern. Im Land Bremen sind bisher die Wirtschaftsförderung Bremen und die Hochschule Bremerhaven zertifiziert. Auch unabhängig von einer Zertifizierung können Arbeitgeber mit kleinen Maßnahmen das Radfahren fördern – zum Beispiel eine Luftpumpe und Werkzeugkiste bereitstellen oder für kühle Getränke und gesunde Snacks sorgen. Mit Aktionen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“, bei der Beschäftigte über mehrere Wochen ihre geradelten Kilometer dokumentieren, oder „Stadtradeln“ können auch in Betrieben Teams gebildet und gemeinsam Kilometer gesammelt werden. Das schafft einen guten Anreiz, gerade für diejenigen, die das Fahrrad bisher nur selten nutzen. Solche Aktionen

Fußgänger*innen oder Radfahrende abgestimmt sein. „Manchmal stehe ich fünf Minuten an einer Ampel – das ist nicht besonders fahrradfreundlich.“ Selbst wenn die Ampel auf Grün stehe, müsse man sehr aufmerksam sein, so Buschmann: „Du brauchst immer die volle Konzentration. Ich wünsche mir, dass alle Verkehrsteilnehmenden mehr Rücksicht aufeinander nehmen. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.“

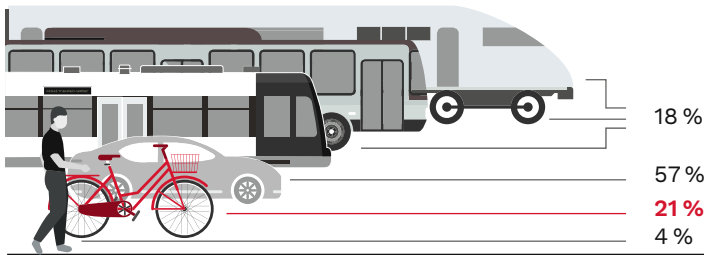
Herausforderungen für längere Arbeitswege

Frauke Maack weist darauf hin, dass die Fahrradinfrastruktur für Menschen, die täglich längere Strecken zur Arbeit zurücklegen, noch verbessert werden muss: „Der Ausbau der Radpremiumrouten in Bremen ist zwar geplant, aber bis auf einige Teilstücke nicht fertiggestellt.“ Gerade an diesen Übergängen werden die Wege oft plötzlich sehr schmal. Während das für ein normales



Detlef Buschmann pendelt an mehreren Tagen in der Woche mit seinem E-Bike von Bremen-Nord zu seiner Nachtschicht im Mercedes-Werk in Sebaldsbrück. Seine Mitgliedschaft im Fitnessstudio hat er inzwischen gekündigt.

Vorrangig benutzte Verkehrsmittel für den Arbeitsweg (Land Bremen, in Prozent)



Quelle: Koordinaten der Arbeit – Beschäftigtenbefragung 2023
der Arbeitnehmerkammer Bremen

motivieren nicht nur, öfter aufs Rad zu steigen, sondern stärken auch den Zusammenhalt unter den Kolleginnen und Kollegen.

Immer mehr Arbeitgeber bieten auch Leasing-Programme für Fahrräder oder finanzielle Zuschüsse an – ein Angebot, das viele Beschäftigte gern annehmen. Darüber hinaus stellt der ADFC Unternehmen einen „Fahrrad-Baukasten“ als Ergänzung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement zur Verfügung. Dieser Service beinhaltet unter anderem eine mobile Werkstatt für Reparaturen vor Ort sowie Schnupperfahrten mit Pedelects, um Mitarbeitende zum Umstieg auf E-Bikes zu ermutigen.

„Es ist wichtig, die Infrastruktur kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört der weitere Ausbau der Radpremiumrouten und die bessere Erreichbarkeit der Gewerbegebiete.“

*Dominik Santner,
Arbeitnehmerkammer*

Für Silke Schorr und die meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen ist es selbstverständlich, das Rad für den Arbeitsweg zu nutzen. Auch Kundentermine in der Stadt werden häufig

mit dem Rad wahrgenommen. „Es gehört einfach zu unserer Unternehmenskultur, dass wir auf zwei Rädern unterwegs sind“, sagt Schorr. Außerdem unterstützt die Agentur ihre Mitarbeitenden, wenn sie sich ein neues Fahrrad anschaffen möchten: Über JobRad können sie ein Fahrrad leasen, das der Arbeitgeber zunächst finanziert. Die Kosten werden in monatlichen Raten direkt vom Bruttogehalt abgezogen – ein steuerlicher Vorteil, der das Modell besonders für E-Bikes und andere hochwertige Räder attraktiv macht. Nach drei Jahren kann das Rad zu einem geringen Restwert übernommen werden. Einige Unternehmen bieten sogar Zuschüsse an, um den Kauf weiter zu unterstützen. Auszubildende und Aushilfen sind von diesem Modell allerdings ausgeschlossen. Neben JobRad gibt es weitere Anbieter wie Business-Bike oder mein-dienstrad.de, die ähnliche Modelle anbieten.

Anreiz zum Umstieg

Dominik Santner sieht im Radverkehr ein großes Potenzial. Um den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel voranzutreiben, sei es aber wichtig, die Infrastruktur kontinuierlich zu verbessern und Anreize für die Beschäftigten zu schaffen. Dazu gehört der weitere Ausbau der Radpremiumrouten und die bessere Erreichbarkeit der Gewerbegebiete. „Die Infrastruktur muss den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden. Nur so können wir den Radverkehr noch attraktiver machen und mehr Menschen zum Umsteigen bewegen.“

KOMMENTAR

*Dominik Santner,
Referent für
Wirtschafts- und
Infrastruktur-
politik*



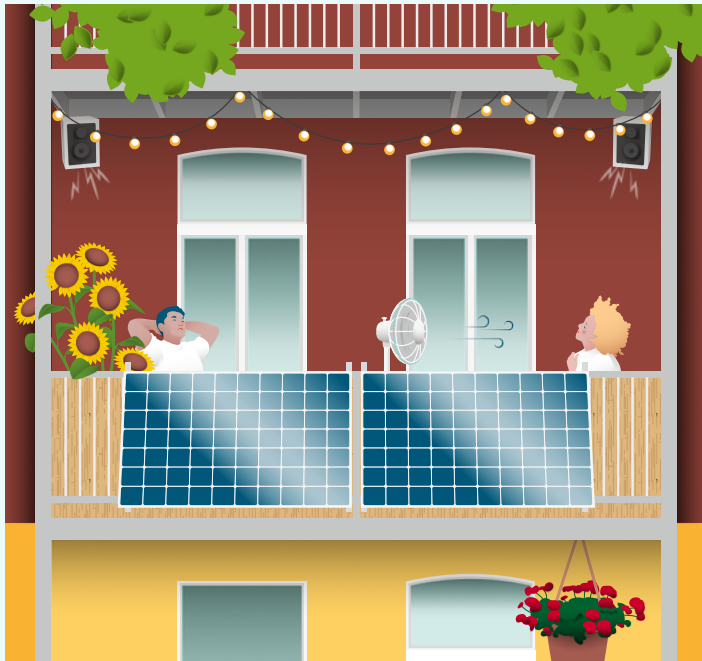
Foto: Stefan Schmidbauer

Alternativen zum Auto

Die meisten der Bremer Beschäftigten fahren mit dem Auto zur Arbeit. Aber nicht alle können sich das leisten: Menschen mit geringem Einkommen sind oft auf Bus und Bahn angewiesen. Doch gerade nachts oder am Wochenende – insbesondere am Stadtrand – fährt selten ein Bus. Die Alternative ist das Rad. Aber nur, wenn man nicht gesundheitlich beeinträchtigt ist, das Wetter akzeptabel und der Weg nicht zu weit ist. Gefährlich kann es werden, wenn keine Radwege vorhanden sind und man sich die Straße mit dem motorisierten Verkehr teilen muss. Ein großes Problem vor allem in Gewerbegebieten mit viel Schwerlastverkehr.

Eins ist klar: Der ÖPNV als eine Alternative zum Auto muss verbessert werden. Es ist wichtig, dass dazu die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Denn ein guter Nahverkehr ermöglicht es den Menschen zur Arbeit zu kommen. Davon profitiert dann auch die Wirtschaft.

GASTBEITRAG



Solarstrom vom Balkon

Text: Inse Ewen

Verbraucherzentrale Bremen

Illustration: Anika Falke

Solarmodule am Balkon zu nutzen ist auch für Mieterinnen und Mieter einfacher geworden – dank der Verabschiedung des Solarpakets 1* im Jahr 2024.

Steckersolar-Geräte bestehen aus einem oder mehreren Solarmodulen und einem Wechselrichter, der Gleichstrom in haushaltsüblichen Wechselstrom umwandelt. Dieser Strom wird direkt mit einem in der Wohnung vorhandenen Stromkreis verbunden.

Im Vergleich zu den Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach haben die Stecker-Photovoltaik-Geräte (Stecker-PV) eine deutlich geringere Leistung, sind aber viel einfacher zu montieren – meistens am Balkon. Auch Flachdächer, Garagendächer, Terrassen und Gärten eignen sich als Standort, wenn dort kein Schatten fällt und die richtige Ausrichtung gegeben ist.

Die Module messen etwa 1,1 mal 1,7 Meter und wiegen circa 20 Kilogramm. Maße, Gewicht und Leistung können jedoch variieren. Es gibt aber auch andere Maße, ein geringeres Gewicht und sehr unterschiedliche Leistungen der Module.

Obwohl überschüssiger Strom eingespeist wird, lohnt es sich bei Stecker-PV besonders, den über die Sonne erzeugten Strom direkt zu verbrauchen. Um Kosten zu sparen, sollte die Spülmaschine also bei Sonnenschein laufen und nicht nach Sonnenuntergang.

Nach der Anmeldung des Stecker-PV-Geräts im Marktstammdatenregister (www.marktstammdatenregister.de) meldet sich der Netzbetreiber und montiert einen Zweirichtungszähler – ohne zusätzliche Kosten. Das Balkonkraftwerk darf schon ohne diesen Zähler betrieben werden. Das Rückwärtslaufen des vorhandenen Zählers muss bis dahin geduldet werden.

Um zu prüfen, ob das Steckersolar-Gerät funktioniert und wie viel Energie gerade geliefert wird, ist eine passende Messeinrichtung zu empfehlen. Bei vielen Wechselrichtern ist diese Funktion bereits integriert, sodass die Ertragsdaten über WLAN abgerufen werden können. Ansonsten können Strommessgeräte genutzt werden – optional mit WLAN- oder Bluetooth-Verbindung.

Vermieter*innen oder die Wohnungseigentümerversammlung müssen der Installation zustimmen. Sie dürfen die Anfragen jedoch nur dann ablehnen – das sagt die seit Oktober 2024 geltende Privilegierung für Steckersolar-Geräte –, wenn die Installation für sie unzumutbar wäre. Eine Ablehnung ohne Begründung oder rein aus optischen Gründen ist nicht mehr zulässig.

Die Wirtschaftlichkeit eines Steckersolar-Geräts ist vom Anschaffungspreis, der Ausrichtung und Neigung des Moduls, dem erreichten Eigenverbrauchsanteil und dem aktuellen Strompreis abhängig. Höchste Jahreserträge kann ein Modul mit 30 Grad Modulneigung nach Süden bringen. Oft werden für eine hohe Eigennutzung zwei Module in flacher West- und Ostausrichtung kombiniert.

Mit einem Steckersolar-Gerät reduziert sich nicht nur die Stromrechnung, es werden in 20 Jahren auch etwa 2,5 Tonnen CO₂-Ausstoß gespart.

** Die gesetzlichen Grenzen liegen bei 800 Watt (800 VA Scheinleistung) Wechselrichter-Leistung und 2.000 Watt für angeschlossene Module.*



Sie haben Fragen zur privaten Vorsorge? Hier hilft die unabhängige Beratung der Verbraucherzentrale. Beschäftigte im Land Bremen, also alle Kammer-Mitglieder, zahlen bei der Verbraucherzentrale nur die Hälfte für eine Beratung zu arbeitnehmernahen Themen wie Altersvorsorge, zusätzliche Krankenversicherung oder Berufsunfähigkeitsrente. Zusätzlich gibt es rund 30 Ratgeber zum halben Preis.

Weitere Infos auf der Rückseite dieses Magazins.

Tarifbindung — *kurz erklärt*

Tarifbindung ist ein wichtiges Instrument, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wie funktioniert das genau?



Text: Hanna Mollenhauer

Fachliche Beratung: Klaas Kuhlmann

Foto: Kay Michalak

1.

Was bedeutet Tarifbindung?

Tarifbindung meint, dass sich Arbeitgeber und die für die Branche zuständige Gewerkschaft in Tarifverträgen auf Arbeitsbedingungen einigen. Diese gelten nur zwischen den Mitgliedern der Tarifparteien (die sogenannten Tarifgebundenen). Das Besondere ist, dass der Tarifvertrag hier unmittelbar und zwingend gilt – das heißt, zuvor oder nachher abgeschlossene Arbeitsverträge sind unwirksam, soweit sie die Beschäftigten schlechterstellen.

2.

Was ist ein Tarifvertrag?

In einem Tarifvertrag wird unter anderem festgeschrieben, wie hoch Lohn oder Gehalt für bestimmte Tätigkeiten sind, wie viele Urlaubstage es gibt und wie viele Wochenstunden maximal gearbeitet werden darf. Ein Tarifvertrag kann für eine bestimmte Zeit gültig sein. Möglich ist auch ein Kündigungsrecht nach einer Mindestlaufzeit – Gewerkschaften können so regelmäßig Lohnerhöhungen aushandeln.

3.

Was sind Voraussetzungen und Bedingungen?

Der Arbeitgeber muss dem tarifschließenden Arbeitgeberverband, die Beschäftigten der tarifschließenden Gewerkschaft angehören. Wenn der Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklärt wird, müssen Beschäftigte nicht zwingend Gewerkschaftsmitglied sein, damit sie von der Tarifbindung profitieren. Ein Arbeitgeber ohne Verbandsmitgliedschaft kann auch selbst Tarifverträge mit Gewerkschaften abschließen (sogenannte Firmen- oder Haustarifverträge). Tritt ein Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband aus, bleibt der Tarifvertrag bis zu seinem Ende gültig. Er endet sogar erst dann, wenn er durch eine andere Abmachung (einen neuen Tarifabschluss, einen Arbeitsvertrag mit den einzelnen Beschäftigten oder eine Betriebsvereinbarung) ersetzt wird.

4.

Was genau wird geregelt?

Tarifverträge regeln wichtige Aspekte des Arbeitsverhältnisses über gesetzliche Mindeststandards hinaus. Dazu gehören die Bezahlung nach einer einheitlichen Entgeltordnung, aber auch bessere Regelungen bei Arbeitszeit, Urlaub, Altersversorgung, der Zahlung

von Zulagen und Zuschlägen oder beim Krankengeldzuschuss, für Eltern oder pflegende Angehörige. Zu Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gibt es keine gesetzliche Regelung, viele tarifgebundene Betriebe zahlen diese.

5.

Was bringt Tarifbindung generell?

Eine Entgeltordnung sorgt für Lohngerechtigkeit und Transparenz. Im Schnitt bekommen Beschäftigte monatlich elf Prozent mehr Gehalt oder Lohn, wenn sie in einem Betrieb mit Tarifvertrag arbeiten. Auch der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Verdienst von Frauen und Männern ist in tarifgebundenen Betrieben deutlich kleiner.

6.

Was bedeutet Tarifaufonomie?

Die Tarifaufonomie steht in Deutschland im Grundgesetz. Sie meint das Recht der Tarifvertragsparteien, über zum Beispiel Löhne und Gehälter selbstständig zu verhandeln. Niemand, auch nicht die Regierung, darf sich hier einmischen.

Tipps & Termine

LESUNG-TIPP

„Geliebte Mutter – Canım Annem“ von Çiğdem Akyol

Aynur wurde ungewollt von ihrem Bruder mit einem gewalttätigen Mann verheiratet. Als Mutter schlägt sie selbst ihre Kinder – auch ihre Tochter Meryem, aus deren Perspektive der Roman von Çiğdem Akyol überwiegend erzählt ist. Die Autorin ist 1978 als Tochter türkischer Eltern in Herne geboren und ihr Debütroman ist eine Auseinandersetzung mit ihrer komplizierten Mutter-Beziehung.

Drastisch, deutlich, aber auch mitfühlend beschreibt sie, wie Gewalt neue Gewalt gebiert. Und wie sie beiden Eltern schließlich verzeihen kann.

In unserer Text-Lesereihe liest Çiğdem Akyol aus ihrem Buch:

- 27. März 2025, 19.30 Uhr,
Forum, Barkhausenstraße 16, Bremerhaven
- 28. März 2025, 19.30 Uhr,
Kulturwerkstatt westend, Waller Heerstraße 294, Bremen



BUCHTIPP

Hygge@Work

Wiking, Meik:
**Hygge@Work: wie man mit
dänischer Gelassenheit
glücklicher im Job wird**
Redline, 2024, 222 S.

Fast zwei Drittel der Dän*innen berichten über hohe Arbeitszufriedenheit und 58 Prozent würden auch nach einem Lotto-Gewinn weiterarbeiten. Die restliche Welt kämpft mit Burn-out und sucht den Sinn in der Arbeit. Wie man die dänischen Hygge-Prinzipien – etwa eine gute Work-Life-Balance – in den Arbeitsalltag integrieren kann, zeigt der Bestsellerautor und Leiter des Kopenhagener Instituts für Glücksforschung Meik Wiking. Ein Rezept könnte sein, Vertrauen zu schaffen und eine positive Arbeitskultur zu fördern, etwa durch flache Hierarchien. Wikings „Glückstipps“ und Alltagsgeschichten zeigen, dass Arbeit produktiv und erfüllend sein kann.

Dieses Buch können Sie in Ihrer Stadtbibliothek ausleihen.



Beschäftigte mit KammerCard erhalten auf die BIBCARD der Stadtbibliothek zehn Prozent Ermäßigung!

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kammercard



Foto: Apollonia Theresa Bitzan

Lesung: Stefanie Sargnagel – Iowa
17. März, 19.30 Uhr
Arbeitnehmerkammer, Bremerhaven



Foto: Heiko Fischer

text-Lesereihe: Çiğdem Akyol:
„Geliebte Mutter – Canım Annem“
27. März, 19.30 Uhr
Arbeitnehmerkammer, Bremerhaven
28. März, 19.30 Uhr
Kulturwerkstatt westend, Bremen



da und doch nicht –
Fotografien von Gitta Seiler
bis 15. April
Arbeitnehmerkammer, Bremen

Veranstaltungen

➔ BREMEN & BREMEN-NORD

3. März 14 – 17 Uhr	 Ungesunde Bedingungen und psychische Belastungen bei der Arbeit? Die Gefährdungsbeurteilung <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
3. März 18 – 19.30 Uhr	Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ ► Die gesetzliche Rente
1. April 17 – 19.30 Uhr	► Bewerbungstipps für Anschreiben und Lebenslauf
29. April 18 – 19.30 Uhr	► Schwerbehinderte und Steuern <i>jeweils im Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
11. März 9.30 – 12.30 Uhr	 Lebendige Betriebsversammlung: Mehr Präsenz – mehr Dialog <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
12. März 17 – 19 Uhr	 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? – Nachhaltige Mobilität für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Bremen <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
18. März 17 – 19 Uhr	 Guter Anschluss, gute Arbeit – Wie die EU-Entgelttransparenzrichtlinie den Gender Pay Gap senken kann <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
26. März 14 – 17 Uhr	 Aufsichtsrat statt Ratlosigkeit: Was müssen Arbeitnehmervertretungen wissen? <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
28. März 19.30 Uhr	 tekst-Lesereihe: Çiğdem Akyol: „Geliebte Mutter – Canım Annem“ <i>Kulturwerkstatt westend, Waller Heerstraße 294, Bremen</i>
31. März 14 – 17 Uhr	 Das Betriebliche Eingliederungsmanagement <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
1. April 19 Uhr	 „Die letzten Tage der Menschheit“ – Erinnerung, Bedeutung, Reflexion <i>Theater Bremen, Foyer, Goetheplatz 1–3, Bremen</i>
3. April 14 – 17 Uhr	 Die Einigungsstelle <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
9. April 10 – 13 Uhr	 Austausch für Vorsitzende <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
bis 15. April	 da und doch nicht – Fotografien aus einem Pflegeheim von Gitta Seiler <i>Galerie im Foyer, Bürgerstraße 1, Bremen</i>

23. April
19.30 Uhr

Musikalische Lesung: **Jon Fosse – Morgen und Abend**

Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen

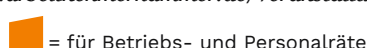
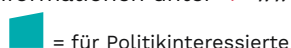
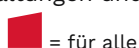
24. April – 29. August

„Jelängerjelieler“: **Arbeiten in der Wissenschaft – Fotos von F. Krems**
Galerie im Foyer, Bürgerstraße 1, Bremen

➔ BREMERHAVEN

1. März	Kabarett im Capitol: ► SATIRICA: Mathias Tretter – Souverän
7. März	► SATIRICA: Die DISTEL – Wer hat an der Welt gedreht
15. März	► Sebastian Krämer – Liebeslieder an deine Tante
21. März	► Philipp Scharrenberg – Verwirren ist menschlich. Mindfuck heißt Verwirrung mit Methode.
23. April	► Stimmen der Ukraine – eine musikalische Reise durch die Literatur der Ukraine
24. April	► Die Besten im Nordwesten: Laura Brümmer, Christin Jugsch und Christl Sittenauer
25. April	► Alte Mädchen – Macht. Sie sind erfolgreich. Sie sind erfahren. Sie sind erstaunlich... auf Krawall gebürstet.
je 20 Uhr	 <i>Hafenstraße 156, Bremerhaven</i>
5. März 14 – 17 Uhr	 Ungesunde Bedingungen und psychische Belastungen bei der Arbeit? Die Gefährdungsbeurteilung <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>
17. März 19.30 Uhr	 Lesung: Stefanie Sargnagel – Iowa. Ein Ausflug nach Amerika <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>
18. März 18 – 19.30 Uhr	 Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ ► Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>
27. März 19.30 Uhr	 tekst-Lesereihe: Çiğdem Akyol: „Geliebte Mutter – Canım Annem“ <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>
2. April 14 – 17 Uhr	 Das Betriebliche Eingliederungsmanagement <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>
bis 2. Mai	 Ausstellung: Galerie 149 – Ortswechsel BLUE <i>Forum, Barkhausenstr. 16, Bremerhaven</i>

Weitere Veranstaltungen und Informationen unter ➔ www.arbeitnehmerkammer.de/veranstaltungen





Hoher Krankenstand belastet Kitas

Die Betreuungskrise bringt Erzieher*innen und Eltern an ihre Grenzen. Im vergangenen Herbst etwa mussten 44 Prozent der Familien bundesweit aufgrund fehlender Fachkräfte verkürzte Betreuungszeiten hinnehmen. Denn in vielen Gruppen fehlt qualifiziertes Personal. Das erhöht die Belastung der vorhandenen Kräfte und zeigt sich mittlerweile auch an der steigenden Zahl der Krankheitstage

*Text: Insa Lohmann
Foto: Jonas Ginter*

Wenn Lena Reichelt morgens um sieben ihre Mails checkt, ist sie immer ein wenig nervös. Gibt es Nachrichten aus der Kita ihres Sohnes? Im schlechtesten Falle lautet die Info, dass die Kinder bereits um 14 Uhr statt um 16 Uhr aus der Einrichtung abgeholt werden müssen – oder die Betreuung komplett entfällt. Für die berufstätige Mutter aus Bremen bedeutet das vor allem eins –

Stress. „Das ist katastrophal für den Berufsalltag“, berichtet sie. Am Frühstückstisch von Familie Reichelt geht dann die Diskussion los: Welcher Job und welcher Termin ist an diesem Tag wichtiger? „Da sind Streit und Stress vorprogrammiert“, sagt Lena Reichelt. „Was ich vormittags nicht schaffe, muss ich abends nachholen.“ Die Auswirkungen für den Familienalltag seien enorm.

So wie Familie Reichelt ergeht es vielen Familien in Bremen und bundesweit. Verkürzte Betreuungszeiten und

Ausfälle sind auch in Bremer Kitas an der Tagesordnung, das Personal ist am Anschlag. Das hat Folgen: Laut aktueller Studien der Bertelsmann-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung sind die Ausfallzeiten wegen Krankheit deutlich angestiegen. So waren die Beschäftigten in der Kinderbetreuung 2023 im Schnitt an 30 Tagen arbeitsunfähig. Am häufigsten sind Kita-Beschäftigte aufgrund von Atemwegsinfektionen krank, auf Platz zwei folgen bereits psychische Erkrankungen. Insbesondere die Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund

von psychischen Erkrankungen sind im Kita-Bereich in den letzten Jahren stark angestiegen und deutlich höher als im Schnitt aller Berufsgruppen.

„Die Belastung für unsere Erzieherinnen und Erzieher hat extrem zugenommen“, sagt Birgit Weber-Witt, die als pädagogische Geschäftsführerin acht Kitas in Bremen leitet. Für die Einrichtungen seien die hohen Krankenstände des ohnehin schon knapp bemessenen Personals ein Teufelskreis: „Die Mitarbeitenden sind derart belastet, dass sie anfälliger sind für Krankheiten und länger brauchen, um sich auszukurieren“, so Weber-Witt. Für alle bedeute es Stress pur, wenn Mitarbeitende krank sind, sagt die Pädagogin. Dienstpläne müssen über den Haufen geworfen, Eltern informiert, Gruppen zusammengelegt werden. Zu den Krankentagen kommen Urlaubs-, Kinderkranken- und Fortbildungstage. Für den Alltag der übrigen Erzieherinnen und Erzieher bedeutet das häufig, dass sie in den Gruppen unterbesetzt sind. Essenszeiten, Einschlafbegleitung, aufräumen, vorlesen – es bleibe kaum Zeit, um allen Kindern und Aufgaben gerecht zu werden, sagt Weber-Witt. „Manchmal ist es mehr Verwahrung als Betreuung.“ Die Forderung der Pädagogin ist deshalb: zusätzliches Personal zur Entlastung der Fachkräfte. „Die Erzieherinnen und Erzieher müssen entlastet werden, um sich wieder stärker auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren, wodurch auch der Beruf wieder attraktiver würde“, ist sich Weber-Witt sicher.

„Die Belastung für unsere Erzieherinnen und Erzieher hat extrem zugenommen.“

*Birgit Weber-Witt,
pädagogische Geschäftsführerin
von acht Bremer Kitas*

Fest steht: Nicht nur die Beschäftigten in den Kitas sind am Limit, ebenso die beschäftigten Eltern. „Eltern sind auch Fachkräfte, das wird gern mal vergessen“, sagt Lena Reichelt. „Wenn

die Betreuung nicht funktioniert, können Mütter und Väter nicht arbeiten – das ist ein extremer wirtschaftlicher Verlust.“ Gerade in Bremen sind im Bundesvergleich am wenigsten Frauen und Mütter berufstätig. Reichelt ist sauer: „So werden gerade viele Frauen wieder in alte Rollenbilder gedrängt.“ Um ihrem Ärger Luft zu machen und Veränderungen anzustoßen, hat sie gemeinsam mit anderen Müttern und Vätern vor zwei Jahren die Initiative „Kitastrophe“ gegründet. Ihr Ziel: ein verlässlicheres Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder und verbesserte Rahmenbedingungen für Fachkräfte. Ihre Forderungen: mehr Geld für Bildung in den Kitas, damit diese nicht permanent am Limit sind. „Bislang habe ich das Gefühl, dass Familien nicht mitgedacht werden“, sagt Reichelts Mitstreiterin Juliane Klug. „Wir werden total übersehen“, findet Lena Reichelt.

Kammer-Experte Thomas Schwarzer kann den Frust der beschäftigten Eltern verstehen. „Nicht nur das Fehlen von Kita-Plätzen, sondern auch die mangelnde Verlässlichkeit der Betreuung erschwert es Eltern, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Deshalb müssen Wege gefunden werden, damit Gruppen nicht schließen müssen, wenn eine Fachkraft durch Krankheit ausfällt.“ Schwarzer plädiert als ein Element für einen trägerübergreifenden Springerpool mit ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern. „Diese Lösungen haben sich bei den großen Trägern schon bewährt“, so Schwarzer.

Mittelfristige Lösungen müssen her: „Die angespannte Situation in den Kitas und die erheblichen Belastungen für die Beschäftigten können nur verbessert werden, wenn es genügend ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher gibt“, sagt Thomas Schwarzer. Es brauche eine Qualifizierungsoffensive. „Ein zentrales Ziel muss sein, das Kita-Personal berufsbegleitend weiterzubilden und zum höchstmöglichen

Abschluss zu bringen.“ Doch was kann man gegen den akuten Notstand tun? „Um den Personalbedarf kurz- und mittelfristig zu decken, benötigen wir neben einem Ausbau der Erstausbildungen, insbesondere in der praxisintegrierten Variante (PiA), auch qualifizierte Quereinsteigerinnen und -einsteiger“, so Schwarzer. Zudem könnten sozialpädagogische Assistenzkkräfte außerhalb der sechsständigen Betreuungs- und Bildungszeiten verstärkt tätig werden, um für die Eltern eine verlässlichere Betreuung sicherzustellen.

„Nicht nur die Beschäftigten in den Kitas sind am Limit, ebenso die beschäftigten Eltern.“

*Lena Reichelt,
Mitgründerin „Kitastrophe“*

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat gemeinsam mit der Senatorin für Kinder und Bildung eine Studie in Auftrag gegeben, in der angehende und fertige Erzieher*innen im Land Bremen zu ihren Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen befragt werden. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr vorliegen. Schwarzer: „Aus dieser Untersuchung können konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet, mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt und dann zügig umgesetzt werden.“



Das sollten beschäftigte Eltern wissen:

Unsere Tipps aus der Arbeitsrechtsberatung finden Sie online unter:

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/bam





Kundengespräche
machen Johann Brumm
am meisten Spaß

GALERIE DER ARBEITSWELT

Herr Brumm und die Liebe zu Autos

Wie würde ein Autoverkäufer in einem Kinderbuch heißen?
Richtig: Herr Brumm. Im Bremer Autohaus Bobrink-Carstream
nahe des Horner Bads trifft man ihn.

Text: Anna Zacharias – Foto: Kay Michalak

Sein Name habe allerdings nichts mit seiner Entscheidung zu tun, diesen Beruf zu ergreifen, behauptet er steif und fest: Autos hätten ihn bereits als Kind fasziniert. „Ich liebe Autos, schon immer“, sagt er. Amüsierte Bemerkungen zu seinem Namen bekommt Johann Brumm natürlich öfter zu hören.

Brumm kommt gerade aus einem Kundengespräch. Ein Auto verkauft? „Zu 90 Prozent“, sagt er. Es sind die Gespräche mit den Kundinnen und Kunden, die dem 38-Jährigen am meisten Spaß machen. Kundenpflege sei in seinem Job mit am wichtigsten, im Verkaufsgespräch Anknüpfungspunkte zu finden schaffe dabei eine Vertrauensbasis. Am liebsten sind Brumm die Gewerbekund*innen, denn die seien pflegeleicht und wüssten meist genau, was sie wollen, sagt er. Bei Privatkund*innen hat er beobachtet, dass sie überraschend gut über die Modelle informiert sind, „manche wissen sogar schon mehr über das Auto als ich“, gibt er zu.

Auf dem Parkplatz drückt Johann Brumm auf eine Fernbedienung, und einer der Wagen setzt sich in Bewegung: Selbstständig ausparken ist für die neuen Fahrzeugmodelle schon gar keine Kunst mehr. Auf die Frage, ob er auf der Autobahn einem Assistenzsystem das Fahren überlassen würde, schüttelt er vehement den Kopf: „Ich lasse die Hände lieber am Lenkrad!“ Ein Kollege sieht das anders und betont, dass der Verkehr mit autonomem Fahren sehr viel sicherer wäre. Doch an diesen Gedanken muss sich wohl nicht nur Herr Brumm noch gewöhnen.

Seinen Werdegang schildert er nüchtern. Mit neun Jahren zog er mit seinen Eltern aus Russland nach Bremerhaven, machte nach der Schule eine Ausbildung in einem Ford-Autohaus in Hagen, anschließend hängte er noch ein Studium zum Betriebswirt im Kfz-Gewerbe dran, „um später mehr Möglichkeiten zu haben“. Und auch heute würde er sich immer wieder für diesen Beruf entscheiden.

Ein neues Auto kaufen die wenigsten Menschen ungeesehen bei eBay. Darum geht dem Autohaus die Kundschaft –

anders als anderen Branchen – nicht aus. Doch auch hier hat die Laufkundschaft abgenommen, stellt der geprüfte Automobilverkäufer fest: „Früher mussten die Leute herkommen, um sich über die Modelle zu informieren, das machen sie heute schon vorher online.“

Der Anteil der Elektroautos ist mit 40 Prozent in seiner Filiale hoch, was vor allem an den Geschäftskund*innen aus der Umgebung liegt. „Aktuell haben wir eine Delle beim Absatz, aber wenn der Staat wieder eine Förderung beschließt, werden wir hier großen Zulauf haben“, so die Prognose des Experten. Und bei den modernen Modellen müsse man auch keine Angst mehr haben, auf der Fahrt in den Urlaub drei Stunden Pause an der Tankstelle machen zu müssen: „Die fahren heute zum Teil von hier bis zum Gardasee und das Laden dauert an Schnellladestationen eine Stunde.“

Und welches Auto würde er sich selbst kaufen, wenn Geld keine Rolle spielte? Johann Brumm, der selbst aktuell natürlich einen Hyundai fährt, denkt nach und sagt: „Vermutlich einen Ami-Schlitten aus den 80ern oder 90ern.“ Auto-Liebe ist eben nicht unbedingt rational.

Automobilkaufleute

Nach Informationen der Handelskammer Bremen sind Automobilkaufleute im Vertrieb und Service von Kraftfahrzeugen tätig. Zu den Aufgabenfeldern gehören Disposition, Beschaffung, Vertrieb und Verkauf von neuen und gebrauchten Kraftfahrzeugen sowie von Teilen und Zubehör. Insbesondere sind sie für Finanzierungs-, Leasing-, Flottenmanagement-, Versicherungs- und Garantieverträge verantwortlich. Kundenkontakt ist ein zentraler Aspekt des Berufs. Die Ausbildung dauert drei Jahre.

Syrische Beschäftigte schließen Lücken auf dem Arbeitsmarkt

Nach dem Umsturz in Syrien stellt sich für viele Geflüchtete die Frage, ob sie hierbleiben oder in ihre Heimat zurückkehren.

Welche Auswirkungen hätte Letzteres auf den Bremer Arbeitsmarkt?

Text: Anne-Katrin Wehrmann

Foto: Jonas Ginter

Als im Dezember Rebellengruppen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad nach mehr als 50-jähriger Diktatur stürzten, verfolgte Saed Kouery gemeinsam mit Freunden gebannt die Nachrichten aus seiner alten Heimat. „Wir waren überglücklich und haben spontan eine Feier gemacht“, erinnert sich der 2. Vorsitzende der Syrischen Gemeinschaft in Bremen. „Bis heute frage ich mich immer noch jeden Tag: Ist das wirklich passiert? Sind wir wirklich frei?“

Vor fast 25 Jahren war der studierte Bauingenieur nach Deutschland gekommen, um an der Universität Duisburg-Essen den Titel eines Diplom-Ingenieurs zu erwerben und anschließend in Bremen zu promovieren. 2008 erfolgte seine Einbürgerung – damals noch mit dem Ziel, nach erfolgreicher Promotion nach Aleppo zurückzukehren, um dort eine Dozentenstelle zu übernehmen. Doch dann begann 2011 der Bürgerkrieg in Syrien und veränderte alles. Kouery fing an, sich von Bremen aus humanitär zu engagieren und geriet dadurch auf eine Schwarze Liste des Assad-Regimes. Zugleich musste er aus der Ferne beobachten, wie seine Familie Traumatisches erlebte und aufgrund seiner Aktivitäten vom Geheimdienst verfolgt wurde. Unter diesen Umständen war eine Rückkehr für ihn ebenso undenkbar geworden wie der Abschluss seiner Doktorarbeit, auf

die er sich angesichts des psychischen Drucks nicht mehr hinreichend konzentrieren konnte.

Starke Konzentration in Mangel- und systemrelevanten Berufen

Heute arbeitet Saed Kouery als Projekt Ingenieur beim Bremerhavener Entsorger BEG logistics und fühlt sich hier heimisch, wie er sagt. „Meine Frau, meine Kinder und ich leben als Deutsche in Bremerhaven“, berichtet er. „Wir haben uns hier ein Zuhause aufgebaut und wollen auf jeden Fall bleiben.“ Doch was wäre, wenn eine nennenswerte Anzahl der 18.800 Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit, die zuletzt im Bundesland Bremen lebten, in ihre Heimat zurückkehren würden? Welche Auswirkungen hätte das auf den Bremer Arbeitsmarkt? „Die starke Konzentration syrischer Geflüchteter in Mangel- und systemrelevanten Berufen wie im Gesundheitswesen, im Transport- und Logistikbereich und ausgewählten Produktionsbereichen hat arbeitsmarktpolitische Bedeutung“, stellte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Dezember in einer Analyse für ganz Deutschland fest. Und weiter: „Ein Wegfall dieses Potenzials durch Rückkehrmigration wäre zwar auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht dramatisch, könnte aber regional und branchenspezifisch durch aus spürbare Auswirkungen haben.“

In Bremen stellt sich die Lage so dar, dass von den insgesamt 384.760 Beschäftigten im Bundesland nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit 4.830 die syrische

Staatsangehörigkeit haben, was einem Anteil von 1,3 Prozent entspricht. „Das klingt zunächst nach einem eher geringen Wert“, meint René Böhme vom Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen. „Aber bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in Bremen, die aus den Top-8-Asyl-Herkunftsstaaten kommen, aus Syrien stammen. Damit spielen Syrerinnen und Syrer in der Gesamtzahl von geflüchteten Beschäftigten schon eine große Rolle.“ Hinzu komme, dass die Fachkraftquote unter den Menschen aus Syrien vergleichsweise hoch sei.

„Syrerinnen und Syrer spielen in der Gesamtzahl von geflüchteten Beschäftigten schon eine große Rolle.“

René Böhme, IAW

Potenzial für die Zukunft

Bei den syrischen Männern, die in Bremen erwerbstätig sind, arbeitet mit 25,3 Prozent der größte Anteil in Verkehrs- und Logistikberufen, gefolgt von Fertigungs- und fertigungstechnischen Berufen (15,8 Prozent) sowie Gesundheitsberufen (15,4 Prozent). Erwerbstätige syrische Frauen sind sogar zu 34,8 Prozent in Gesundheitsberufen tätig, gefolgt von sozialen und



„Die allermeisten Syrerinnen und Syrer wollen bleiben und denken nicht ernsthaft über eine Rückkehr nach. Sie haben sich hier etwas aufgebaut, ihre Kinder gehen hier zur Schule, sie sehen in Bremen ihre Zukunft.“

Saed Kouery

kulturellen Dienstleistungsberufen (21,6 Prozent) sowie Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen (12,7 Prozent). Gerade in der Logistik sei ein überdurchschnittlicher Anteil der Beschäftigten aus Syrien im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung angestellt, berichtet René Böhme. „Wir können davon ausgehen, dass sie diesen Bereich in einer durchaus relevanten Größenordnung stützen.“ Gleiches gelte für

das Gesundheitswesen, das ja ohnehin schon „auf Kante genäht“ sei, wie er sagt. „Da fehlen Fachkräfte an allen Ecken und Enden. Es würde sicher zu weiteren Problemen führen, wenn es jetzt zu einer Rückkehrmigration im großen Stil käme.“

Aktuell arbeitet der Wissenschaftler zusammen mit seinem Team an einem Forschungsprojekt, das die Gelingensbedingungen der

Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen im Land Bremen untersucht. Dabei werden unter anderem syrische Geflüchtete betrachtet. „Inzwischen sind bundesweit 73 Prozent der erwerbsfähigen männlichen Syrer sieben Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland erwerbstätig. Das zeigt, wie enorm positiv sich die Dinge in den vergangenen Jahren verändert haben.“ Bei den syrischen Frauen liege die Quote der Erwerbstätigen sieben Jahre nach Zuwanderung dagegen bisher bei lediglich 29 Prozent. „Viele Syrerinnen befinden sich noch in Qualifizierungsmaßnahmen, da verläuft die Entwicklung etwas nachgelagert“, erläutert Böhme. „Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass hier ein großes Erwerbspotenzial für die kommenden Jahre schlummert.“

„Die Fachkraftquote unter den Menschen aus Syrien ist vergleichsweise hoch.“

René Böhme, IAW

Ob sich dieses Potenzial heben lässt, wird die Zukunft zeigen. Nach den Gesprächen, die Saed Kouery bisher mit Mitgliedern der Syrischen Gemeinschaft in Bremen geführt hat, geht er davon aus: „Die allermeisten Syrerinnen und Syrer wollen bleiben und denken nicht ernsthaft über eine Rückkehr nach. Sie haben sich hier etwas aufgebaut, ihre Kinder gehen hier zur Schule, sie sehen in Bremen ihre Zukunft.“ Bei denen, die über keinen sicheren Aufenthaltsstatus verfügten, herrsche angesichts der aktuellen politischen Diskussionen Angst, dass sie abgeschoben werden könnten. „Aus unserer Sicht wäre das eine Bestrafung“, macht Kouery deutlich. „Sie sind zum Teil viele Jahre hier und nehmen alle Arbeiten an, um Fuß zu fassen und etwas zurückzugeben. In Syrien müssten sie ganz von vorne anfangen – in einem Land, das in Trümmern liegt und lange Zeit brauchen wird, um sich eine stabile Basis aufzubauen.“



„Es trifft uns auch in Bremen“

Wie arme Menschen unter dem Klimawandel leiden und was Bremen dagegen tun kann

Interview: Jan Zier – Foto: Kay Michalak

Bei der diesjährigen Bremer Armutskonferenz wird über die Folgen der Klimakrise diskutiert. Thomas Schwarzer ist für die Arbeitnehmerkammer dabei. Wir haben ihm vorab ein paar Fragen gestellt.

Was hat die Klimakrise mit der Armut in Bremen zu tun?

Thomas Schwarzer: Bis vor wenigen Jahren war die Klimakrise scheinbar noch weit weg: Dürren gab es in Afrika, das Eis schmolz am Nordpol. Spätestens seit der Flut im Ahrtal sind die Folgen auch bei uns zu spüren. Im letzten Jahr mussten viele Menschen in Lilienthal, Borgfeld und Timmersloh ihre Häuser wegen aufgeweichter Deiche verlassen. Es trifft uns also auch in Bremen – durch Starkregen, vollgelaufene Keller oder Hitzewellen.

Aber alle gleichermaßen, oder?

Es trifft uns in sehr unterschiedlicher Weise und mit sehr ungleichen Möglichkeiten, sich abzusichern: Ärmere Haushalte sind kaum vor den Folgen von Extremwetterereignissen geschützt. Gerade die Wohnviertel, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, sind auch in Bremen stark versiegelt, viele Gebäude dort schlecht gedämmt: Sie sind im Sommer zu heiß und im Winter kalt, viele Häuser verursachen hohe Energiekosten. Es zeigt sich immer konkreter, dass die Folgen der lange absehbaren Klimakrise die bestehenden Armuts- und Gesundheitsrisiken weiter verschärfen. Gerade diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind von seinen Folgen besonders stark betroffen. Für Deutschland ist nachgewiesen, dass Menschen aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung das Klima 15-mal weniger belasten als Leute, die zum reichsten ein Prozent gehören. Am Ende trifft es vor allem Ältere und Kranke, Schwangere und Kinder, Menschen in Heimen, Kindergärten oder Kliniken und jene, die sich im Sommer lange draußen aufhalten oder draußen arbeiten.

Wie kann eine sozial gerechtere Klimapolitik aussehen?

In den letzten Jahren mangelte es nicht an kontroversen Debatten und sinnvollen Maßnahmen in vielen Unternehmen und der durch breite Proteste getriebenen Politik. Rückblickend wird deutlich, dass soziale Aspekte in der bisherigen Klimapolitik oft nur am Rande eine Rolle spielen. Förderungen für Elektroautos haben überwiegend Wohlhabende genutzt, ebenso jene für eine energetische Gebäudesanierung. Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen gezielt beim Fenstertausch, der Dachdämmung oder der Anschaffung effizienter Elektrogeräte unterstützt werden. Menschen in schlecht isolierten Wohnungen zahlen schon

heute den höchsten Anteil an ihren Lebenshaltungskosten für steigende Mieten. Nicht zu Unrecht befürchten sie, dass die nach einer Sanierung noch weiter steigen – auch wenn Förderprogramme vorgeben, genau das zu verhindern. Soll die Klimawende gelingen, muss sie also ökologisch und sozial gerechter gestaltet werden. Politisch muss viel stärker betont werden, welche Vorteile das gerade für Menschen mit wenig Geld hätte: Sind ihre Wohnungen gut isoliert, benötigen sie weniger Heizwärme. Existiert eine Solaranlage auf dem Dach oder auf dem Balkon, kann sie Strom liefern, während das Heizen mit Gas und Öl absehbar noch teurer wird.

„Gerade die Wohnviertel, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, sind auch in Bremen stark versiegelt, viele Gebäude dort schlecht gedämmt: Sie sind im Sommer zu heiß und im Winter kalt, viele Häuser verursachen hohe Energiekosten.“



Was kann in Bremen konkret getan werden?

Der Senat hat im vergangenen Herbst einen Hitzeaktionsplan verabschiedet. Arme Menschen müssen bei den anstehenden Maßnahmen besonders berücksichtigt werden: Eine vorausschauende Klimapolitik ist ein aktiver Beitrag zur Armutsreduzierung. Die Stadtteile, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben, müssen bevorzugt an die kommunale Wärmeversorgung angeschlossen werden. Gerade dort fehlen Schattenplätze, Grünflächen und öffentliche Trinkwasserbrunnen. Es geht aber auch um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten etwa in Krankenhäusern, Kitas oder Altenheimen oder dort, wo wie auf dem Bau viel unter freiem Himmel gearbeitet wird. Vieles von dem, was in Bremen getan werden kann, betrifft zwar private Investitionen. Doch der soziale Wohnungsbau ist ja Ländersache, ebenso muss in umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr investiert werden. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob Umstiege zu klimaneutralen Technologien oder einer gesunden, ökologischen Ernährung überhaupt möglich sind. Doch die Fortschritte kommen zu langsam.

„Förderungen für Elektroautos haben überwiegend Wohlhabende genutzt, ebenso jene für eine energetische Gebäudesanierung. Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen gezielt beim Fenstertausch, der Dachdämmung oder der Anschaffung effizienter Elektrogeräte unterstützt werden.“

Die Arbeitnehmerkammer fordert nun ein „Klimageld“. Was ist das?

Fossile Brennstoffe werden durch den Emissionshandel ab 2027 teurer werden. Zum Ausgleich gerade für jene, die höhere Energiekosten nicht so locker aus eigener Tasche zahlen können, fordern wir von der neuen Bundesregierung zügig ein einfach administrierbares, pauschales Pro-Kopf-Klimageld. Höhere Einkommensgruppen, die in der Regel mehr CO₂ ausstoßen, profitieren dann im Verhältnis weniger als Haushalte mit kleineren Einkommen. Dabei ist eine klare Kommunikation der Zusammenhänge notwendig: Erfahrungen in der Schweiz zeigen, dass ausgezahltes Klimageld oft gar nicht als solches wahrgenommen wird – dies ist aber wichtig für eine Akzeptanz von klimapolitischen Maßnahmen. Eigentlich müsste das Klimageld sozial gestaffelt werden. Aber dafür fehlt es noch an detaillierten Daten.

Thomas Schwarzer

ist Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerkammer und beschäftigt sich insbesondere mit der sozialen Spaltung der Städte Bremen und Bremerhaven.



Foto: Stefan Schmidbauer



6. Bremer Armutskonferenz

Der Armuts- und Klimakrise in Bremen gemeinsam begegnen: Montag, 3. März 2025, 9.30 bis 17 Uhr, Am Tabakquartier 10, 28197 Bremen
Die Arbeitnehmerkammer gehört zum Initiativkreis der Armutskonferenz.

Alles, was Recht ist

RECHTSIRRTUM

„In der Probezeit gilt automatisch eine Urlaubssperre.“ Stimmt das?
Nein, das stimmt nicht.

Eine Probezeit wird in der Regel im Arbeitsvertrag vereinbart – maximal für sechs Monate. Auch in der Probezeit erwirbt der oder die Beschäftigte laut Bundesurlaubsgesetz einen gesetzlichen Urlaubsanspruch.

Dieser Anspruch gilt ab Ablauf des ersten vollen Monats der Betriebszugehörigkeit. Während der Probezeit steht Beschäftigten pro Monat ein Zwölftel der gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Urlaubstage zu. Bei 24 Urlaubstagen im Jahr beispielsweise wären das zwei Urlaubstage pro Monat.

Der volle Jahresurlaubsanspruch entsteht aber erst nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit. Der Arbeitgeber muss den Urlaubsantrag in der Probezeit genehmigen, wenn keine betrieblichen Gründe dagegensprechen.

Birgül Kayin, Rechtsberaterin in Bremen

STEUERTIPP

Elterngeld und Steuerklasse

Verheiratete können verschiedene Steuerklassenkombinationen wählen. Diese haben Einfluss auf den jeweiligen monatlichen Nettolohn.

Die Höhe des Elterngelds errechnet sich bei Beschäftigten in der Regel durch das Nettogehalt der letzten zwölf Monate vor dem Mutterschutz. Ein Wechsel der Lohnsteuerklasse wirkt sich also unter Umständen positiv auf die Höhe des Elterngelds aus – mehr Netto heißt mehr Elterngeld.

Die gegebenenfalls von dem oder der anderen Ehepartner*in der ungünstigeren Lohnsteuerklasse zu viel gezahlte Lohnsteuer kann in der Einkommensteuererklärung zurückgefordert werden.

Marvin Henniger, Berater Steuerrecht in Bremen

RECHTSTIPP

Wie muss die Arbeitszeit erfasst werden?

Arbeitgeber müssen ein System bereitstellen, mit dem die geleistete Arbeitszeit erfasst wird. Damit ist nicht zwingend die Einführung eines elektronischen Zeiterfassungssystems gemeint. Es reicht derzeit aus, wenn der Arbeitgeber seine Beschäftigten anweist, einen Stundenzettel zu führen. Wenn Ihr Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, können Sie sich rechtlich absichern, indem Sie selbst (analog oder digital) einen Stundenzettel führen. Nur so können Sie feststellen, ob Ihre Vergütung – also Ihr Lohn oder Gehalt – auch Ihrer tatsächlich geleisteten Arbeitszeit entspricht. Kommt es zu einem Rechtsstreit, kann der Stundenzettel außerdem vor dem Arbeitsgericht als Beweismittel dienen.

Marius Roocke, Rechtsberater in Bremen



Mitglieder der Arbeitnehmerkammer können sich kostenlos arbeits- und steuerrechtlich beraten lassen. Weitere Infos auf der Rückseite dieses Magazins.

IMPRESSUM

BAM – Bremer Arbeitnehmer Magazin

Herausgeberin

Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1, 28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
www.arbeitnehmerkammer.de
E-Mail:
bam@arbeitnehmerkammer.de

Autorinnen und Autoren

Marvin Henniger, Birgül Kayin,
Insa Lohmann, Suse Lübker,
Hanna Mollenhauer, Marius
Roocke, Anne-Katrin Wehrmann,
Anna Zacharias, Jan Zier

Redaktion

Nathalie Sander (V.i.S.d.P.),
Hanna Mollenhauer

Lektorat

Johannes Reinke

Fotos

Jonas Ginter, Kay Michalak

Layout

GfG / Gruppe für Gestaltung GmbH,
Bremen

Konzeptionelle Beratung

textpr+, Bremen

Druck

BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Erscheint alle zwei Monate.
Einzelverkaufspreis 2,50 Euro,
Jahresabonnement 14 Euro,
für Kammerzugehörige im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN 1614-5747

Postvertriebs-Nummer H 43672



Drei Fragen

— zu Behinderung und Steuern

Kann ich meinen Discounter-Rollator von der Steuer absetzen?

Nein. Nur ärztlich verordnete Hilfsmittel beziehungsweise deren Zuzahlungen können von der Steuer abgesetzt werden, da es anderenfalls an der sogenannten Zwangsläufigkeit mangelt.

Kann ein Grad der Behinderung erst ab 50 Prozent in der Steuererklärung geltend gemacht werden?

Seit 2021 wird ein Grad der Behinderung ab 20 Prozent steuerlich berücksichtigt.

Können Kinder mit Behinderungen ein Leben lang steuerlich berücksichtigt werden?

Ja, vorausgesetzt die Behinderung wurde vor dem 25. Lebensjahr festgestellt, das Kind kann sich finanziell nicht selbst versorgen und erhält Kindergeld. Die Berechnung ist nicht einfach – lassen Sie sich beraten, zum Beispiel bei der Arbeitnehmerkammer.

Melanie Gutsche

arbeitet seit 2016 als Beraterin für Steuerrecht in der Arbeitnehmerkammer



Foto: Stefan Schmidbauer



Infoveranstaltung

Die Infoveranstaltung „Schwerbehinderte und Steuern“ aus der Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ findet am 29. April von 18 bis 19.30 Uhr in der Bürgerstraße 1 in Bremen statt.

Weitere Infos

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/veranstaltungen



CARTOON



von
Mario Lars

Wir sind für Sie da!



Bremen-Stadt

☎ 0421.3 63 01-0
✉ info@arbeitnehmerkammer.de

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung * / Steuerrechtsberatung**

Beratungszeiten

www.arbeitnehmerkammer.de/bremen

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0421.3 63 01-11

Mo – Do 9 – 16 Uhr / Fr 9 – 12 Uhr

Bremen-Nord

☎ 0421.6 69 50-0
✉ nord@arbeitnehmerkammer.de

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung * / Steuerrechtsberatung**

Beratungszeiten

www.arbeitnehmerkammer.de/bremen-nord

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0421.3 63 01-11

Mo – Do 9 – 16 Uhr / Fr 9 – 12 Uhr

Bremerhaven

☎ 0471.9 22 35-0
✉ bhv@arbeitnehmerkammer.de

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung * / Steuerrechtsberatung**

Beratungszeiten

www.arbeitnehmerkammer.de/bremerhaven

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0471.9 22 35-11

Mo – Do 9 – 16 Uhr / Fr 9 – 12 Uhr

* Für Bremer*innen mit geringem Einkommen, Gebühr: 10 Euro

BAM im Abo

Wollen Sie das BAM kostenlos nach Hause geschickt bekommen und weitere Vorteile genießen? Holen Sie sich die KammerCard!

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kammercard



wisoak

Beruflich weiter durch Bildung

Die Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer bietet Fort- und Weiterbildungen für Beschäftigte.

➔ www.wisoak.de

www.arbeitnehmerkammer.de

➔ Beratung für Betriebs- und Personalräte

Bremen ☎ 0421.3 63 01-961 Bremerhaven ☎ 0471.9 22 35-24 oder -31
✉ mitbestimmung@arbeitnehmerkammer.de

Hotline für juristische Fragen ☎ 0421.3 63 01-960, Mo – Do 9 – 16 Uhr / Fr 9 – 13 Uhr

➔ Beratung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

☎ 0421.3 63 01-954 ✉ anerkennung@arbeit.bremen.de

➔ Beratung zu Berufskrankheiten

☎ 0421.6 69 50-36 ✉ bk-beratung@arbeitnehmerkammer.de

➔ Weiterbildungsberatung

☎ 0421.3 63 01-432 ✉ grapenthin@arbeitnehmerkammer.de

➔ Beratung bei der Verbraucherzentrale

Mitglieder der Arbeitnehmerkammer zahlen für Beratungen etwa zur privaten Altersvorsorge, zu Riester-Verträgen oder zur Berufsunfähigkeitsversicherung nur die Hälfte. Zusätzlich gibt es fast 30 Ratgeber zum halben Preis.

Bremen ☎ 0421.16 07 77 Bremerhaven ☎ 0471.2 61 94
www.verbraucherzentrale-bremen.de



**Arbeitnehmerkammer
Bremen**